



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/56 - 8.3.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Die Zauberformel "Sozialreform"	S. 1
Getrüübte Beziehungen USA - Madrid	S. 3
Politische Sportberichterstattung	S. 5
Unverständliches Vorgehen einer Zollbehörde	S. 6

Umschalten auf Innenpolitik?

P.B. Die Zauberformel der letzten Wochen, die nach dem jahrelangen Vorrang der Außenpolitik nun eine neue Aera symbolisieren soll, lautet "Sozialreform". Und man tut so, als wenn es nur noch einer Sondersitzung des Bundeskabinetts in dieser Woche bedürfe, um dann in wenigen Wochen eine fix und fertige Sozialreform präsentieren zu können. Man sollte sich aber vor dem Erwecken solcher Illusionen hüten, denn die Enttäuschung bei den Millionen, die auf die Sozialreform warten, ist ohnehin schon groß genug.

Im ersten Bundestage hat die Regierungskoalition einen sozialdemokratischen Antrag, der die Einsetzung einer unabhängigen Studienkommission zur Erarbeitung der Grundlagen der Sozialreform forderte, abgelehnt. Stattdessen wurde ein sogenannter Beirat beim Bundesarbeitsministerium gebildet, der über den Patbestand der Konstituierung nicht hinausgekommen ist. Im zweiten Kabinett Dr. Adenauer ging dann monatelang der Streit darum, welches Ressort die Federführung haben sollte, zwischenzeitlich einigte man sich auf die Institution eines Generalsekretariats und überwarf sich wieder bei der Person des Generalsekretärs, ohne auch nur in der Sache einen Schritt weiterzukommen.

Es ist möglich, dass die Ergebnisse der kürzlich abgehaltenen Teiluntersuchung über die Lage der Rentner heilsamer Schrecken verbreitet haben, so dass das Bundeskabinett jetzt in einer Sorderr-

sitzung die Fragen der Sozialreform prüfen will. Der Halbestand aber ist, dass kein Grundlagenmaterial vorhanden ist, dass die Bundesregierung auch keinen Ansatz einer Konzeption aufzuweisen vermag, so dass es noch Monate, wenn nicht Jahre dauern wird, bis die ersten Ergebnisse vorliegen.

Und das ist nur die eine Seite. Die andere ist, dass man vor den Ergebnissen dieser "Sozialreform" schon heute ein gelindes Drausen haben kann, wenn man sich den Modellfall betrachtet, nämlich die Beteiligung der Rentner an den Arzneikosten, die Kürzung der Renten bei Krankenhausaufenthalt usw. Obwohl der Bundesrat einmütig diese Vorschläge verworfen hat, beharrt die Bundesregierung nach einer Erklärung vom 7. März auf diesen unsozialen Praktiken. Wenn dieses Gesetz das Modell ist, dann kann man ungefähr ersehen, wie die Sozialreform im Ganzen aussehen wird.

Aber das ist nicht das einzige Thema der Innenpolitik. Selbst wenn der Bundestag am 17. und 18. März das Verkehrsfinanzgesetz verabschiedet sollte, - vom Regierungsentwurf wird dabei allerdings nicht viel übrig bleiben, - dann ist doch erst der erste Schritt zur Neuordnung des Verkehrs getan. Mindestens neun Sechstel der Arbeit auf diesem Gebiete bleibt noch zu tun, obwohl Bundesverkehrsminister Seebohm bereits annähernd sechs Jahre im Amt ist.

Niemand kann auch davon reden, dass eine große Steuerreform bisher auch nur ernsthaft in Angriff genommen worden ist, die endgültige Verteilung der Steuern auf Bund und Länder steht noch aus, die Wohnungsbaugesetze und die Mietenreform befinden sich erst im Anfangsstadium der parlamentarischen Beratung, kurzum, es ist ein weites Feld, und durch Schuld der Bundesregierung ist wenig, viel zu wenig getan worden. Denken wir doch nur daran, dass das Kartellgesetz schon über vier Jahre in der Luft hängt, ohne dass die Bundesregierung und die Regierungsbürokratie ernsthafte Anstrengungen unternommen hätten, dieses Gesetz unter Dach und Fach zu bringen.

Nicht zu vergessen das Wahlgesetz. Es muß noch in diesem Jahr verabschiedet werden, wenn man nicht wieder das traurige Schauspiel einer Wahlgesetz-Forschlußpanik erleben will, und die kleinen Koalitionsparteien mit der Drohung eines Wahlrechtsweiter in Botmäßigkeit gehalten werden sollen.

Die Innenpolitik fordert also gebieterisch ihr Recht. Ob es aber wirklich zu einer Periode der Innenpolitik kommen wird? Es scheint, dass ein gerüttelt Maß von Skeptizismus angebracht wäre.

Ein Militärpakt ohne viel Wert
Von unserem spanischen Mitarbeiter

Vor Jahr und Tag hatten die Vereinigten Staaten ihre diplomatische Opposition gegen das Regime des General Franco in Spanien aufgegeben und jene Vorträge über Flotten- und Flugstützpunkte abgeschlossen, die von der spanischen Diplomatie als Überbrückungszahlung auf eine künftige Aufnahme in die Atlantikpakt-Organisation gewertet werden. Es gab aber bereits zu jener Zeit Kennen der innerspanischen Verhältnisse, die trotz aller Trunkprücker und trotz der Bereitschaft der amerikanischen Militärs, die große politische Belastung der freien Welt durch ein Bündnis mit der faschistischen Diktatur in Spanien zu überschauen, die Verwirklichung dieser Verträge mit großer Skepsis beurteilten. Sie scheinen Recht zu bekommen. Vor wenigen Tagen konnte man in gut informierten Zeitungen lesen, dass man im großen Generalstab der USA die Notwendigkeit der Stützpunkte in Spanien nicht mehr für so vordringlich halte. Es wurden hierfür allerlei strategische Gründe angegeben. Die wahren Gründe der neuerdings festzustellenden Zurückhaltung der Vereinigten Staaten in Spanien sind aber völlig andere.

Die spanische Diktatur ist auf Faktoren aufgebaut, die mit der modernen Technik und der Schnelligkeit amerikanischer Improvisation ebenso wenig auf einen Nenner zu bringen sind wie mit dem rationalen Denken amerikanischer Wirtschaftler und Militärs.

Von amerikanischer Seite wurden in den letzten drei Jahren in das Pass ohne Boden spanischer Wirtschaftsführung erhebliche Gelderbeiträge hineingepumpt. Aber als man daran sehen wollte, nun die Stützpunkte auszubauen, ergaben und erleben sich tausendfältige Schwierigkeiten. Praktisch hat Spanien nur ein, im Flächenumfang unzureichendes, Terrain bei Ferreñón in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt Madrid zur Verfügung gestellt. Nur per die undurchdringliche Fähigkeit spanischer Behörden kann, einfache Anordnungen mit komplizierten, aus dem 17. Jahrhundert stammenden, zeremoniellen Amtshandlungen zu komplizieren und mit überachteterlichem Gleichmut auf Jahre zu verzögern, kann sich die Schwierigkeiten vorstellen, auf welche die amerikanische Militärmission stößt.

Es haben sich aber auch politische Schwierigkeiten ergeben, die kürzlich in der "Washington Post" diskret angedeutet wurden. Ausgehend von der Grundauffassung, dass es in Spanien nur eine, nämlich die katholische Staatsreligion gibt, deren kanonischen Vorschriften für das spanische Eherecht seit dem Siege Francos im Bürgerkrieg verbindlich sind, müssen Amerikaner, die in Spanien heiraten wollen, sich dem katholischen kanonischen Eherecht auch dann unterwerfen, wenn sie selbst nicht katholisch sind. Es hat sich im Verlauf von Erörterungen über diese Frage herausgestellt, dass man bei Abschluß der amerikanisch-spanischen Verträge ein kleines Nebenabkommen mit abgeschlossen hatte, nach dem diese Auflage für Amerikaner in Spanien sanktioniert wurde. Protestantische Geistliche in den Staaten protestieren nun natürlich und greifen den katholischen Kardinal Spellmann an, der offenbar seine Hand bei diesem Abkommen mit im Spiel hatte.

Es handelt sich mithin bei dem mangelnden Ausbau der spanischen Spitze des Atlantikpakt-Systems viel weniger um strategische Erwägungen, als um die der spanischen Diktatur eigenen Verhältnisse, die eine wirkliche und vorbehaltlose Zusammenarbeit mit amerikanischen Dienststellen nicht zulassen. Hierzu gehört auch das überspannte Selbstbewußtsein der spanischen Genentle, angefangen beim Staatschef Franco, das die Rückständigkeit der wirtschaftlichen und technischen Voraussetzung für eine moderne Militärorganisation in Spanien nie zuzugeben bereit ist.

* * *
Feine Unterscheidung

sp - Beim Durchblättern des Protokolls der 70. Sitzung des Bundestages stößt man auf eine recht bezeichnende Eigenheit der hochoffiziellen Berichterstattung, der doch größtmögliche Objektivität oberstes Gebot sein sollte.

Bei der Registrierung von Meinungsäußerungen aus den verschiedenen Seiten des Hauses heißt es bei den Regierungsparteien an den betreffenden Stellen etwa:

"Lebhafte Zustimmung bei der CDU/CSU" oder "Zuruf aus der Mitte" oder "Widerspruch in der Mitte" oder "Lebhafter Widerspruch bei der CDU/CSU".

Bei der SPD dagegen ist fast regelmäßig vermerkt:

"Lärm bei der SPD".

Wieso, darf man wohl fragen, wird hier ebenfalls mit zweifelslos
maß gemessen?

5 : 0 für die "freie Welt" ?

(Puck) Die "Penticton V's" aus der kanadischen Pfirsichstadt Penticton haben eine sowjetrussische Mannschaft 5:0 geschlagen und damit den im Vorjahr verlorenen Titel des Eishockey-Weltmeisters wieder für Kanada erobert. Sie waren diesmal die besseren Spieler, sie verdienten deshalb die Siegespalme. Aber was hat dieser kanadische Erfolg in Krefeld mit der Auslöschung der "Schmach von Stockholm", der Niederlage vom Vorjahre, zu tun?

Was soll man dazu sagen, wenn ein Reporter von der "roten Brandung" berichtet, die an Kanadas Tor zerschellt? Wie leicht kann man bei solchen Zungenschlägen dieser Art* an jene Art von Reportage, in der der Egerboxer als "Nigger" bezeichnet wird. Gerade wir Deutschen sollten uns nach Möglichkeit aller Zitate eines unseligen NS-Wörterbuches sorgsam enthalten und eine Abstempelung im Sinne einer Kollektivschuld oder Kollektivunschuld unterlassen, und gerade oder vor allem im Sport. Die Bemerkung, dass hier die "Individualisten" die "Mannschaftsspieler" geschlagen hätten, dass sozusagen zwei politische Systeme gegeneinander gespielt hätten, ist absurd. Man könnte schließlich diese Verallgemeinerung noch weiter verallgemeinern und einfach sagen: Individualismus schlägt Kollektivismus 5:0 - ? Und wenn nun umgekehrt vielleicht die Russen einige Jahre lang unter Ausnutzung all ihrer geographischen, biologischen und finanzieller Möglichkeiten Eishockey trainieren - und dann Weltmeister werden - hat dann die Diktatur die Demokratie geschlagen?

Bei aller Begeisterung für den Sport sollten es sich doch einige Berichterstatter abgewöhnen, bei wichtigen Spielen so zu tun, als ob hier das Wohl der Menschheit entschieden würde. Schließlich war es seinerzeit auch nicht "der Nationalsozialismus", der die Berliner Olympischen Spiele gewannen, und die ständige politische Ausmünzung aller und jeder Ereignisse, ob es nun die Nazis taten oder die Bundesrepublikaner tun, hat immer den gleichen häßlichen Charakter.

Freuen wir uns, dass die Kanadier und die Sowjetrussen sich ein Spiel geliefert haben, das nach Meinung der Fachleute fair und anständig war. Wenn schon mit der politischen Elle gemessen werden soll, dann scheint uns dies schon ein hervorragendes Ergebnis der Eishockey-Weltmeisterschaft zu sein.

*erinnern

*

*

*

6000 Paar Gummischuhe

Vor den Augen der Insassen eines Siegener Flüchtlingslagers sind diese Woche 6000 Paar Gummischuhe verbraucht worden. Die sind, oder besser waren Teil eines Postens von 75 000 Paar, der ein amerikanischer Kaufmann aus amerikanischen Geesedentüchern erworben hatte. Dieser Amerikaner hatte ein Drittel davon, also 25 000, zur Vernichtung bestimmt, um Lagerkosten zu sparen, da sie nicht mehr zu verkaufen waren.

Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs im Vertriebenen - Ministerium, Bonn, aufgrund von Unterlagen des Ausreisefremdenministeriums, hat der amerikanische Kaufmann die Zollbehörde gebeten, auf der Vernichtung zugehen zu lassen, damit nach Zollkontrollen der entsprechende Betrag entlastet werde. Die Zollbehörde hat dem Amerikaner Zoll-erlass angeboten, wenn er die Schuhe auch den Flüchtlingen zum Geschenk mache. Der Amerikaner habe aber von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht.

Diese Darstellung wird von den Beteiligten dementiert, und zwar nicht nur von Mr. Nutty, eben diesem Amerikaner, sondern auch vom hessischen Staatssekretär für das Flüchtlingswesen. Dem Amerikaner sei von der Zollbehörde nicht das Angebot gemacht worden, man werde auf Zollgebühren verzichten, falls der in Frage stehende Posten an Flüchtlinge und Flüchtlinge vertriehen werde. Ein namentlich genannter Geschäftsmann aus Siegen hat sogar erklärt, Nutty habe ihm gegenüber das Schenkungsangebot gemacht, das Zollamt habe aber diese Möglichkeit strikte abgelehnt.

Gewiß handelt es sich um einen Vorgang am Bande. Aber er ist typisch dafür, wieviel psychologischer Schaden durch behördliches Ungeschick angerichtet werden kann. Dieses Ereignis muß bei allen Vertriebenen und Flüchtlingen dort, wo nackte Armut herrscht, großen Unwillen erregen, weit mehr, als nachher Vorgänge in der großen Politik Ärgernis erregt. Einstweilen widersprechen sich noch die Aussagen über das Verhalten der zuständigen Zollbehörde. Aufklärung, die jeder Nachprüfung standhält, wäre notwendig.

Verantwortlich: Peter Launau